

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/033(V)/14			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 14.03.2014	Hasselbachsaal	15:00Uhr	18:00Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung

Nichtöffentliche Sitzung

- 3 Vorstellung Bewerber Amtsleiter Jugendamt

Öffentliche Sitzung

- 4 Genehmigung der Niederschrift vom 17. 01. 2014 - öffentlicher Teil
- 5 Anträge
 - 5.1 Parkerleichterungen A0136/13
Fraktion CDU/BfM, SPD-Stadtratsfraktion, Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier-
und Naturschutz, FDP-Ratsfraktion
 - 5.1.1 Parkerleichterungen S0256/13
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

5.2	Graffiti-Gestaltung am Schleinufer SPD-Stadtratsfraktion	A0148/13
5.2.1	Graffiti-Gestaltung am Schleinufer BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit	S0003/14
5.3	Tätigkeitsbericht der(/des) Integrationsbeauftragten Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz	A0127/13
5.3.1	Tätigkeitsbericht der (/des) Integrationsbeauftragten Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz	A0127/13/1
5.3.2	Tätigkeitsbericht der (/des) Integrationsbeauftragten BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit	S0038/14
5.4	Änderung der Hauptsatzung zum Punkt "Einwohnerfragestunde" Mirko Stage, Oliver Wendenkamp Stadträte future! - Die junge Alternative Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz	A0150/13
5.4.1	Änderung der Hauptsatzung zum Punkt "Einwohnerfragestunde" BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	S0001/14
5.5	Handbuch über die wirtschaftliche Beteiligung der Gemeinden in Sachsen-Anhalt als Maßstab für Transparenz und Einflussnahme kommunaler Mandatsträger Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz	A0103/13
5.5.1	Handbuch über die wirtschaftliche Beteiligung der Gemeinden in Sachsen-Anhalt als Maßstab für Transparenz und Einflussnahme kommunaler Mandatsträger BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	S0237/13
5.5.2	Handbuch über die wirtschaftliche Beteiligung der Gemeinden in Sachsen-Anhalt als Maßstab für Transparenz und Einflussnahme kommunaler Mandatsträger Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz	A0103/13/1
5.6	Veröffentlichung der Gesellschafterverträge kommunaler Unternehmen der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz	A0141/13
5.6.1	Veröffentlichung der Gesellschafterverträge kommunaler Unternehmen der Landeshauptstadt Magdeburg BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	S0011/14
5.6.2	Veröffentlichung der Gesellschafterverträge kommunaler Unternehmen der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz	A0141/13/1

- | | | |
|-----|--|-----------|
| 6 | Beschlussvorlagen und Informationen | |
| 6.1 | Kommunalwirtschaft Sachsen-Anhalt GmbH & Co. Beteiligungs-KG
(KOWISA KG)
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen | DS0007/14 |
| 6.2 | Beendigung der Liquidation der P.G.M. Parkraum GmbH
Magdeburg i. L.
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen | I0012/14 |
| 6.3 | Barrierefreier Zugang Stadtbibliothek Reform
BE: Oberbürgermeister | I0022/14 |
| 7 | Verschiedenes | |

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Hans-Dieter Bromberg

Stadtrat Martin Rohrßen

Vors. des Stadtrates Beate Wübbenhorst

Stadtrat Wigbert Schwenke

Stadtrat Hugo Boeck

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Frank Theile

Stadtrat Wolfgang Wähnelt

Stadtrat Hans-Jörg Schuster

Vertreter

Stadtrat Thorsten Giefers

i.V.f. SR Herbst

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

i.V.f. SR Frank Schuster

Stadtrat Hubert Salzborn

i.V.f. SR Stern

Verwaltung

Herr Mike Eve

Geschäftsführung

Frau Andrea Behne

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Frank Schuster

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Sören Ulrich Herbst

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 17. 01. 2014 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 17. 01. 2014 – öffentlicher Teil – wird mit nachfolgender Änderung genehmigt:

Redaktionelle Änderung des Stadtrates Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion:

Auf Seite 13 – TOP 5.3

10275/13 Einführung des „Katwarn-Systems“ – Prüfung/Antrag A0119/13

muss es heißen:

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, nimmt die Information zur Kenntnis, mahnt aber an, dass ein sinnvolles Warnsystem zum nächsten Hochwasserereignis installiert ist – kostengünstiger als „Katwarn“.

5. Anträge

5.1. Parkerleichterungen Vorlage: A0136/13

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann teil.

Einführend legt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper dar, dass die Situation rechtlich begründet wurde und als Ausgleich für die Entrichtung von Parkgebühren eine Erhöhung des Sitzungsgeldes des Stadtrates beschlossen wurde sowie die Möglichkeit des Handyparkens besteht. Insbesondere verweist er darauf, dass bei einer Beschlussfassung des Stadtrates zum vorliegenden Antrag hiergegen Widerspruch eingelegt wird und dies im Landesverwaltungsamt geprüft werden muss.

In seinen Ausführungen zum Anliegen des Antrages informiert Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/BfM, über eine ihm gegebene Auskunft eines Rechtsanwaltes, dass rechtliche Möglichkeiten zur Umsetzung der beantragten Parkerleichterungen bestehen. Er legt seine Vorstellung dar, mit einem entsprechenden Antrag den Oberbürgermeister zu beauftragen, durch eine Fachkanzlei eine rechtliche Prüfung vornehmen zu lassen und im Ergebnis vorzulegen, wie die Parkerleichterungen rechtlich sicher umgesetzt werden können.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper warnt davor, die Thematik zu einem Politikum zu machen. Das Thema wurde seitens des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr rechtlich bewertet und seitens der Verwaltung könne keine andere Aussage getroffen werden.

In Beantwortung der Nachfrage des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz, wieviel Parkkarten und Ausnahmegenehmigungen noch in den Ämtern und Eigenbetrieben genutzt werden informiert der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann, dass die Anzahl auf 16 Parkkarten beläuft. Nur die Amtsleiter, die unmittelbar in Geltungsbereichen des § 46 StVO tätig sind, haben eine Karte. Ergänzend informiert der Oberbürgermeister, dass auch alle Beigeordneten seit dem 1. 1. 2014 von der Möglichkeit des Handyparkens Gebrauch machen.

Stadtrat Boeck, Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz, informiert, dass selbst die Mitarbeiter des Landesverwaltungsamtes die Möglichkeit haben, für einen geringen Beitrag eine Parkkarte zu erwerben und bittet um entsprechende Prüfung.

Hierzu führt der Oberbürgermeister aus, dass diese Prüfung bereits erfolgte und das Ergebnis mit der Stellungnahme der Verwaltung vorliegt. Er verweist darauf, dass, wenn zeitlich begrenzte Parkkarten vergeben werden, muss dies auf Grund des Gleichbehandlungsprinzips auch für alle Bürger eingeführt werden.

Stadtrat Bromberg, SPD-Stadtratsfraktion, bestätigt, dass im Landesverwaltungsamt tatsächlich personengebundene Parkkarten genutzt werden. Mit dem Hinweis, dass der vorliegende Antrag interfraktionell eingebracht wurde, legt er die Auffassung seiner Fraktion dar, die derzeitige Situation beizubehalten und dass der Antrag nicht mehr unterstützt wird.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, legt dar, dass seine Fraktion den Antrag nicht unterschrieben hat, da es um Gleichbehandlung gehen muss. Er vertritt die Auffassung, dass einige Mitglieder des Stadtrates den öffentlichen Nahverkehr nutzen und hierfür dann auch eine entsprechende Regelung gefunden werden muss. Auch die Erhöhung des Sitzungsgeldes ist für alle Mitglieder des Stadtrates wirksam.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz, unterstützt den Vorschlag der Fraktion CDU/BfM und führt aus, dass seine Fraktion für eine abschließende Entscheidung auch gern eine rechtliche Würdigung der Thematik aus einer anderen Sicht hätte. Voraussetzung hierfür ist jedoch die entsprechende Antragstellung.

Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/BfM, unterbreitet den Vorschlag, den Antrag zurückzuziehen und in den nächsten Tagen interfraktionelle Abstimmungen hinsichtlich der Veranlassung der rechtlichen Prüfung durch Rechtsexperten vorzunehmen und auf dieser Basis die Diskussion zu führen.

Auf seine Nachfrage an alle mitunterzeichnenden Fraktionen erklären diese ihr Einverständnis, dass der Antrag A0136/13 für heute zurückgezogen wird.

5.1.1. Parkerleichterungen
Vorlage: S0256/13

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.2. Graffiti-Gestaltung am Schleinufer
Vorlage: A0148/13

Bezug nehmend auf die Stellungnahme der Verwaltung legt Stadtrat Bromberg, SPD-Stadtratsfraktion dar, dass diese den hohen zeitlichen und inhaltlichen Aufwand von Auftragserteilung bis zur Umsetzung der Maßnahme aufzeigt. Auf Grund des verbleibenden Zeitraumes für das Projekt bezeichnet er die Umsetzung als nicht lohnenswert und zieht den Antrag A0148/13 zurück.

5.2.1. Graffiti-Gestaltung am Schleinufer
Vorlage: S0003/14

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.3. Tätigkeitsbericht der(/des) Integrationsbeauftragten
Vorlage: A0127/13

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning teil.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0127/13/1 der Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz zu beschließen.

Da der Änderungsantrag den Ursprungsantrag A0127/13 der Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz ersetzt, hat sich eine Abstimmung zum Antrag hiermit erledigt.

5.3.1. Tätigkeitsbericht der (/des) Integrationsbeauftragten
Vorlage: S0038/14

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.4. Änderung der Hauptsatzung zum Punkt "Einwohnerfragestunde" Vorlage: A0150/13

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Leiterin des Fachbereiches 01 Frau Mittendorf teil.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz, bezeichnet es als gut, dass es für eine Änderung der Hauptsatzung keine rechtlichen Hinderungsgründe gibt. Da die Erfahrung gezeigt habe, dass Einwohner mehrfache Fragen haben, sieht er die Änderung des Verfahrens, auch mehrere Fragen zulassen zu können, als positiv für den Stadtratsvorstand an. Er legt seine Auffassung dar, dass auch mit diesem Verfahren das Zeitvolumen der Sitzung nicht übermäßig ansteigen wird.

Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/BfM, steht der Verfahrensänderung positiv gegenüber merkt jedoch an nicht zu wollen, dass anstatt weiterer Fragestellungen der Einwohner von diesen ausführliche Abhandlungen zu der angesprochenen Thematik vorgenommen werden. Hierauf müsse seitens des Stadtratsvorstandes Einfluss genommen werden.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper bittet darum, bei einer Beschlussfassung des Stadtrates zum Antrag die Änderung der Hauptsatzung erst in der kommenden Wahlperiode im Zuge der dann sowie vorzunehmenden Überarbeitungen umzusetzen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0150/13 der Stadträte Mirko Stage und Oliver Wendenkamp, future! – Die junge Alternative sowie der Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz zu beschließen.

5.4.1. Änderung der Hauptsatzung zum Punkt "Einwohnerfragestunde" Vorlage: S0001/14

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.5. Handbuch über die wirtschaftliche Beteiligung der Gemeinden in Sachsen-Anhalt als Maßstab für Transparenz und Einflussnahme kommunaler Mandatsträger Vorlage: A0103/13

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann teil.

Eingehend auf den Änderungsantrag A0103/13/1 seiner Fraktion führt Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz aus, dass hiermit auf Grund der Darlegungen in der Stellungnahme der Verwaltung der Ursprungsantrag konkretisiert wird und macht erläuternde Ausführungen zum Änderungsantrag.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, sieht den Änderungsantrag als klassische Anfrage an und hinterfragt, ob dies tatsächlich beschlossen werden soll.

Der Beigeordnete Herr Zimmermann bringt seine Überraschung zum beantragten Anliegen zum Ausdruck und legt dar, dass die Beteiligungsverwaltungen für Geschäftsordnungen von Gesellschaften nicht zuständig sei. Kritisch merkt er an, gar kein Personal dafür zu haben,

solche Art Prüfaufträge des Stadtrates umzusetzen, zumal dies seitens der Fraktionen auch in den Aufsichtsgremien selbst geklärt werden kann.

Es werde in seinem Verantwortungsbereich versucht, hier eine Klärung herbeizuführen, dafür werden jedoch noch Zeit benötigt.

Der Oberbürgermeister ergänzt kein Gesellschaftsgremium zu kennen, welches keine Geschäftsordnung habe.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, legt nochmals seine Auffassung dar, dass der vorliegende Änderungsantrag für ihn lediglich eine Anfrage darstelle und erklärt, diesem nicht zuzustimmen.

Stadtrat Rohrßen, SPD-Stadtratsfraktion, unterstützt die Ausführungen des Beigeordneten Herrn Zimmermann und erklärt ebenfalls, der Antragstellung nicht zuzustimmen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz, benennt als Beispiel, dass der Aufsichtsrat der WOBAU keine Geschäftsordnung habe und vertritt die Auffassung, dass es sicherlich noch mehr Gremien ohne Geschäftsordnung gibt. Die Auffassung, dass es sich um eine Anfrage handelt, kann er nicht teilen. Klarstellend zum Änderungsantrag legt er dar, dass dieser sich auf die Stellungnahme der Verwaltung bezieht. Speziell zu der hier getroffenen Aussage zum Vorliegen von Geschäftsordnungen sei es seiner Fraktion in einem Punkt bekannt, dass dies nicht so ist.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 4 Ja-Stimme und 9 Nein-Stimmen dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0103/13/1 der Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier und Naturschutz nicht zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 4 Ja-Stimme und 9 Nein-Stimmen dem Stadtrat, den Antrag A0103/13 der Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier und Naturschutz nicht zu beschließen.

5.5.1. Handbuch über die wirtschaftliche Beteiligung der Gemeinden in Sachsen-Anhalt als Maßstab für Transparenz und Einflussnahme kommunaler Mandatsträger
Vorlage: S0237/13

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.6. Veröffentlichung der Gesellschafterverträge kommunaler Unternehmen der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: A0141/13

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann teil.

Zum Änderungsantrag seiner Fraktion führt Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz aus, dass dieser auch die Stellungnahme der Verwaltung reflektiert und bezeichnet diesen als händelbar für die Verwaltung, um dem beantragten Anliegen Rechnung tragen zu können.
Er sieht als Möglichkeit eine Einstellung der Verträge im nichtöffentlichen Teil des Ratsinformationssystems an, um diese den Mitgliedern des Stadtrates für einen längeren Zeitraum verfügbar zu machen.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, sieht die Einstellung der Verträge ebenfalls als sinnvoll an.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0141/13/1 der Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz zu beschließen.

Mit dieser Beschlussempfehlung hat sich eine Abstimmung zum Antrag A0141/13 der Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz erübrigt.

5.6.1. Veröffentlichung der Gesellschafterverträge kommunaler Unternehmen der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: S0011/14

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6. Beschlussvorlagen und Informationen

6.1. Kommunalwirtschaft Sachsen-Anhalt GmbH & Co. Beteiligungs-KG (KOWISA KG)
Vorlage: DS0007/14

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann teil.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, informiert über seine Nachfrage im Ausschuss FG hinsichtlich der Anzahl kommunaler Anteile. Begründend legt er dar, dass, wenn die Stadt einen Kommanditanteil von 197 Punkten hat und 113 Punkte erwirbt, bekannt sein muss, wie die Gesamtzahl ist und wie sich die Mehrheitsverhältnisse darstellen.

In seinen Ausführungen legt der Beigeordnete Herr Zimmermann dar, dass sich die Anzahl auf ungefähr 200.000 Anteile beläuft und davon der Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt ein Viertel hält. Insgesamt habe die Stadt einen Anteil von 0,1 %. Er sagt zu, Stadtrat Schuster eine ausführliche schriftliche Beantwortung zuzuleiten.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen dem Stadtrat, die DS0007/14 in seiner Sitzung am 24. 04. 2014 zu beschließen.

Hinweis: Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz hat während der Behandlung dieses TOP den Sitzungssaal kurzzeitig verlassen.

6.2. Beendigung der Liquidation der P.G.M. Parkraum GmbH
Magdeburg i. L.
Vorlage: I0012/14

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

6.3. Barrierefreier Zugang Stadtbibliothek Reform
Vorlage: I0022/14

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

7. Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin